



Protokoll

32. Sitzung des Gemeinderates
Montag, 13. Februar 2017, 19:00 Uhr bis 21:00 Uhr
Gemeinderatssaal, Stadthaus

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Antrag 88/2017 der Primarschulpflege: Schulanlage Gschwader, Raumbedarf Tagesstrukturen 2014, Genehmigung Bauabrechnung
- 4 Postulat 523/2015 von Balthasar Thalmann (SP), Ursula Räuftlin (Grünliberale) und Meret Schneider (Grüne): Musikschule ins Herzen von Uster, Bericht und Antrag des Stadtrates
- 5 Antrag 82/2016 des Stadtrates: Projekt Herzkern Uster
- 6 Motion 584/2016 von Patricio Frei (Grüne): "Fair Trade Town Uster"
- 7 Kenntnisnahmen

Präsenz

Vorsitz	Hans Keel, Präsident
Protokoll	Daniel Reuter, Parlamentssekretär
Anwesend	33 Ratsmitglieder (inkl. Präsident)
Stadtrat	Werner Egli, Stadtpräsident Patricia Bernet, Abteilungsvorsteherin Bildung Barbara Thalmann Stammbach, Abteilungsvorsteherin Soziales Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteherin Gesundheit
Entschuldigt	Deborah Bernhard (SVP) Karin Niedermann (SP) Thomas Wüthrich (Grüne) Stadtrat Cla Famos, Abteilungsvorsteher Finanzen Stadtrat Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau Stadtrat Jean-François Rossier, Abteilungsvorsteher Sicherheit Stadtschreiber Hansjörg Baumberger
Presse	Raphael Brunner, AvU Benjamin Rothschild, AvU

Der Präsident begrüsst die Medienschaffenden und die Zuschauer auf der Tribüne, insbesondere Bürgerrechtsbewebende.

Es erfolgt der Namensaufruf durch den Parlamentssekretär (absolutes Mehr 17).

Änderung Tagesordnung und Ersatzwahl einer Stimmenzählerin ad hoc

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt, aber Stimmenzähler Thomas Wüthrich (Grüne) kann heute nicht teilnehmen.

Darum ist für die heutige Ratssitzung eine Ersatzwahl vorzunehmen. Der Präsident schlägt Meret Schneider (Grüne) vor.

Der Wahlvorschlag wird nicht vermehrt. Der Präsident erklärt die Vorgeschlagene als gewählt.

Fraktionserklärungen

Für die Grüne-Fraktion verliest Patricio **Frei** folgende Fraktionserklärung [vergleiche Seite 805]:
Uster und die USR III (2. Teil). Das Abstimmungsergebnis in Uster zur Unternehmenssteuerreform III liegt weit über dem nationalen Schnitt und ist eine schallende Ohrfeige für den Ustermer Stadtrat. Wohl selten zuvor politisierte ein Ustermer Stadtrat – mit dem Stadtpräsidenten und dem Finanzvorstand prominent in der ersten Reihe – so am Volk vorbei wie bei dieser Abstimmung. Zwei Drittel der Abstimmenden – oder rund ein Drittel aller Stimmberechtigten – folgten dem Stadtrat nicht.

Der Stadtrat muss begreifen, dass damit seine Tiefsteuer-Politik und die damit einhergehende Umverteilung von unten nach oben Schiffbruch erlitten hat. Das Volk hat gesprochen: Schluss mit den Privilegien von einigen wenigen auf Kosten von vielen!

Und schon gar nicht auf diese Art und Weise wie es der Stadtrat in seiner Antwort auf die Anfrage von Kollege Wanner demonstriert hat. Vor dem Hintergrund der Untersuchungen der Eidgenössischen Finanzkontrolle ist die Antwort des Stadtrates schlicht und einfach ein Skandal!

Die Abstimmungsergebnisse belegen auch, dass die Mär, tiefe Steuern würden finanzstarke Steuerzahler anziehen, schlicht und einfach zu kurz greift. Das deutliche Ja zum Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds zeigt, dass die Schweiz eben mehr zu bieten hat als tiefe Steuern. Genauso wie das Gesamtpaket Schweiz stimmig ist, ist auch Uster als Ganzes attraktiv – oder eben nicht. Aber sicher nicht wegen tiefer oder etwas höherer Steuern allein.

Als Folge der stadträtlichen Politik des knappen Geldes warten wir noch immer auf ein verkehrsfreies Zentrum; warten wir noch immer auf ein durchgehendes Velonetz ohne unfallträchtige „Hot-spots“; warten wir noch immer auf ein integrales Verkehrskonzept, dass seinen Teil dazu beiträgt, den Umweltartikel in unserer Gemeindeordnung, die kontinuierliche Senkung des CO₂-Ausstosses, umzusetzen; warten wir noch immer auf eine nachhaltige Finanzpolitik und Liegenschaftspolitik. Der Stadtrat ist gefordert umzudenken, und zwar jetzt!

Persönliche Erklärungen

Silvio **Foiera** (EDU) verliest folgende Erklärung: *Wie anlässlich des Sirenen-Tests vom vergangenen Mittwoch, einen Tag später im Zeitungsbericht des AvU¹ sowie im Regio vom 9. Februar 2017 zu lesen war, wird offenbar von einzelnen Bürgern bemängelt, dass die „gelben Tafeln“ in Hauseingängen verschwunden sind. Überdies sei eine online Abfrage bezüglich des zugewiesenen Schutzraums nicht möglich, so dass in Notsituationen wie bei Abstürzen einer vollgetankten Passagiermaschine auf Kernkraftwerke Unklarheit über die zu beziehenden Schutzräume herrsche.*

Aufgrund dessen, wollte ich mich über die Hintergründe und Voraussetzungen einer solchen Onlineabfrage kundig machen. Dies, da in diesem Rat immer wieder angeregt wird: „rede mit de Lüt“ statt für jede Frage den parlamentarischen Prozess zu wählen.

In der Abteilung Sicherheit gab man denn auch bereitwillig Auskunft darüber, wie die Schutzraumzuteilung erfolgt. Die Informatik, bei der ich mich über technische Hintergründe und Abhängigkeiten kundig machen wollte, gab sich freilich weniger auskunftsfreudig. So war man offenbar schon erbost, dass ich mich erdreistet hatte, überhaupt ohne Termin die Klingel zu drücken. Möglicherweise hätte ich erst die geplante Einführung des IT-Sevicetools abwarten sollen, um einen „Incident“ zu eröffnen – wer weiss?

Jedenfalls war man auch nicht gewillt, mir Auskunft zu geben und verwies mich auf den Dienstweg an Personen, die mir spezifische technische Information jedoch kaum hätten liefern können.

So folgt nun doch die Anfrage auf parlamentarischem Weg, obwohl fünf Minuten zwischen Tür und Angel völlig ausgereicht hätten.

Aufgrund Rücksprache mit dem Hersteller der Zuweisungssoftware weiss der Anfrageschreiber möglicherweise in dieser Sache nun sogar besser Bescheid als die städtische IT, umso gespannter bin ich auf die Beantwortung meiner Anfrage. [vergleiche Seite 862]

1 <http://zueriost.ch/bezirk-uster/uster/ahnungslos-beim-notfall-alarm/605623>

Wolfgang **Harder** (CVP) verliest folgende Erklärung: *Zur Standortförderung. Ein wunderschöner Stadtpark, Wakkerpreis, Seebadi, Dorfbadi, das grösste Hallenbad der Schweiz, ein quutopisches Alternativkino, kleine Bars, Restaurants, Bernerverein, Reitverein, Lokremise, Judoclub, Genossenschaften, . Mütterzentrum, Müller, Tennisclub, Villa am Aabach, Känzeli, Tämbrig, Greifensee, Velogeschäfte an jeder Ecke, Autovertretungen für fast jede Marke, inklusvie Autodiscount Uster, drei Autobahnausfahrten, Handwerker jeder Arbeitsgattung, Hightech-Firmen, Zahnärzte, Anwälte. Treuhänder, Sozialfirmen, ein grosses Spital, Wohngruppen, Gärtnereinen und Blumenläden im Zentrum, eine attraktive Verwaltung. Restaurants, wo man noch mit Handschlag begrüsst wird, Jazzcontainer, Stadtmusik, Musikschule, Alphorngruppe, Freie Bühne, Optiker, Kantons- und Stadtpolizei, SBB-Bahnhof mit den berühmten S5 und S15, VZO-Bushof, Bibliothek, Schloss Uster, Privat- und öffentliche Schulen, Tagesschule, Kinderhorte, Kunstateliers, ein eigenes Elektrizitätswerk, erfolgreiche Unternehmer, Startups und alteingesessene Handelsfirmen und Gewerbebetriebe, die weltweit einen guten Ruf geniessen und nicht zu vergessen, wir haben den politisch wichtigen Uster Tag, den sozial wichtigen Uster Märt und der sportlich hochattraktiven Greifenseelauf, der uns schweizweit bekannt macht.*

Uster hat einige Perlen zu bieten. Man muss sie nur sehen. Aber was lesen wir in der Zeitung beim Interview unserer neuen Standortförderin durch den AVU? Uster ist langweilig. Zitat: „Beim Durchlaufen habe ich beobachtet, dass das Zentrum von Uster unbelebt ist.“ Beim Lesen des Interviews war ich geschockt, danach frustriert und am Ende komplett verärgert. Kein gutes Wort, keine Idee, keine positive Grundeinstellung kommt aus dem Mund der Standortförderin. Ein solches Interview ist ein Stadtkiller, ein kompletter Ablöscher. So kommt niemand nach Uster. Nach diesem Interview hatte nicht einmal mehr ich Lust ins Zentrum zu gehen. Dieses ist ja gemäss Standortförderin unbelebt und damit langweilig.

Wie kann man so ein Interview geben?! Und überhaupt: Wie kann die Stadt ein solches Interview zum Druck freigeben? Waren der Stadtpräsident und die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit in den Ferien? Dass ein solches Interview veröffentlicht wird, ist unverständlich, ja geradezu unglaublich.

1 Mitteilungen

Vor der Ratssitzung vom 20. März 2017, von 18 Uhr bis 18:45 Uhr wird der Gemeinderat über das Thema „Schulraum Stadt Uster“ informiert werden.

Für die Anfrage 578/2016 von Deborah Bernhard (SVP) vom 21. Juli 2016:
Zur aktuellen Situation in der Schulverwaltung bei der Primarschule Uster
hat die Geschäftsleitung zweimal eine Fristverlängerung, letztmals bis 31. Januar 2017 gewährt
(vergleiche Seite 746).
Ein drittes Gesuch des Stadtrates um Fristverlängerung hat die Geschäftsleitung mit Zirkularbeschluss vom 23. Januar 2017 nicht bewilligt. Damit hat der Stadtrat für die Antwort auf diese Anfrage die Frist nicht eingehalten und den Entscheid der Geschäftsleitung missachtet.

Die Volksinitiative „Gegen Parkuhren-Flut in Uster“ wurde vom Initiativkomitee mit Zuschrift vom Januar 2017 – eingegangen am 6. Februar 2017 – an den Abteilungsvorsteher Sicherheit, Stadtrat Jean-François Rossier, zurückgezogen (vergleiche GRB vom 8. Februar 2016 betreffend Antrag 53/2015).

2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 31. Sitzung des Gemeinderates vom 23. Januar 2017 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Abs. 4 der Geschäftsordnung als genehmigt.

3 Antrag 88/2017 der Primarschulpflege: Schulanlage Gschwader, Raumbedarf Tagesstrukturen 2014, Genehmigung Bauabrechnung

Für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert Walter **Meier** (EVP): *Der Gemeinderat hat am 30. Juni 2014 den Antrag 4/2014 und damit den Baukredit von Fr. 98'7'000 für die 2. Etappe der Aufstockung auf dem Garderobentrakt der Turnhalle Gschwader auf der städtischen Parzelle Kat. Nr. F1297 mit 30:0 Stimmen genehmigt. Geplant war eine Aufstockung des Garderobentrakts der Turnhalle mit Lift und neuen WC-Anlagen.*

Die Bauabrechnung schliesst mit Fr. 1'024'972.50 ab, was einer Kreditüberschreitung von rund Fr. 38'000 gleichkommt; wird der Nachtragskredit der PS von Fr. 27'0000 berücksichtigt, beträgt die Kostenüberschreitung Fr. 10'972.50 (resp. 1 %).

Während den Aushubarbeiten wurde festgestellt, dass der Lift an einem anderen Ort gebaut werden musste, weil alle Medienzuleitungen für das Turnhallengebäude dort liegen, wo der Lift geplant war. Die Mehrkosten wären mit Fr. 70'000 zu hoch ausgefallen. In Zusammenarbeit mit dem GF Hochbau und Vermessung wurde ein neues Aufstockungskonzept erstellt und ein geeigneter Standort für den Lift gefunden.

In der Folge musste der Hauptzugang zum Aufstockungsgeschoss vom alten Treppenhaus zum neuen Aufgang mit Lift verschoben werden. Zudem zeigte sich, dass die beiden Gebäudezugangstüren zum Turnhallentrakt (diese dienen auch als Zugangstüren für die Räume der Tagesstrukturen) zwingend ersetzt werden mussten.

Der Bau erfolgte in zwei Etappen: Die Aufstockung war Ende 2014 bezugsbereit, der Lift im Juli 2015.

Ich stelle fest:

- Die Belege sind vorhanden und stimmen mit den Kontenauszügen überein; teilweise ist jedoch nur die erste Seite der Rechnung oder gar nur das Deckblatt vom Architekt vorhanden, ohne die Rechnung selber (z. B. Belege 15004842, 15004844, 15004841, 14020459). Gewisse Abrechnungen sind jedoch komplett vorhanden (15002956 Gieri Candrian Holzbau GmbH).*
- Die Abrechnung ist vollständig.*
- Es sind etliche Protokolle der PSU bezüglich Bauvergaben vorhanden; daraus geht zum Beispiel hervor, dass der Sanitär, welcher den Auftrag erhalten hat, aus Kapazitätsgründen vom Auftrag zurücktrat. Es wurde dann ein Ustermer Unternehmer gefunden, welcher für den gleichen Offertpreis einsprang.*
- Es kann festgestellt werden, dass vor allem Unternehmer aus der Umgebung berücksichtigt wurden, was mich sehr freut.*
- Zu den Minder- resp. Mehrkosten: Es wurden Vergabe-Erfolge von ca. Fr. 80'000 erzielt. Zudem wurden gewisse Positionen nicht benötigt, was zu gesamten Minderkosten von Fr. 95'000 geführt hat.*
- Allerdings hat die Umplatzierung des Liftes doch einiges gekostet, gemäss Abrechnung rund Fr. 70'000. Die Mehrkosten haben die Minderkosten um rund Fr. 10'000 übertroffen, was der Kreditüberschreitung entspricht.*
- Noch etwas zum Lift: Es ist mir doch ziemlich unverständlich, weshalb man das Problem des Lift-Standorts erst beim Aushub bemerkt hat. Hat man die Pläne mit den Leitungen vorher nicht konsultiert oder waren solche nicht vorhanden? Der Liftbauer hatte den Lift beim Projektstopp bereits produziert und man hatte auch schon rund Fr. 20'000 (Vertrag über Fr. 31'500) bezahlt. So wurde dann ein Nachvertrag über Fr. 20'776.45 fällig.*

Diskussion in der RPK:

- Es wurde nachgefragt, weshalb die Lift-Geschichte habe passieren können. Antwort: Das Projekt sei etappiert gewesen. Bei der 1. Etappe sei der Lift nicht geplant gewesen, deshalb habe man nicht genau hingeschaut. Bei Beginn der 2. Etappe sei man zeitlich sehr unter Druck gestanden. Der Lift habe schnell bestellt werden müssen und zudem seien die Pläne ungenau; die Leitungen verlaufen nicht so, wie sie in den Plänen eingezeichnet sind.*
- Auch bei gleich hohen Mehrkosten habe man die Lift-Änderung schliesslich aus betrieblichen Gründen bevorzugt, weil man so die Eingänge Turnhalle und Hort trennen konnte.*

- *Die Mehrkosten beim Architekt haben folgende Gründe: Der Aufwand wurde nach Aufwand entschädigt. Zudem habe der Architekt Leistungen erbracht, die gemäss Kostenvoranschlag nicht vorgesehen waren (z. B. neues Lift-Konzept erarbeiten, Bauführung, Mehrstunden aufgrund der zeitlichen Verzögerung des Baus usw.).*

Antrag: Die RPK empfiehlt einstimmig, den Antrag der Primarschulpflege, d. h. die Kreditabrechnung zu genehmigen.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 32:0 Stimmen:

- 1. Die Bauabrechnung des Projekts «Schulanlage Gschwader, Raumbedarf Tagesstrukturen 2014» im Betrag von Fr. 1 024 972.50 inkl. MWST wird genehmigt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat und an die Primarschulpflege.**

4 Postulat 523/2015 von Balthasar Thalmann (SP), Ursula Räuftlin (Grünliberale) und Meret Schneider (Grüne): Musikschule ins Herzen von Uster, Bericht und Antrag des Stadtrates

Balthasar **Thalmann** (SP) nimmt Stellung: *Vor zwei Jahren haben wir dieses Postulat eingereicht. Weil wir dem Stadtrat die Denksportaufgabe gegeben haben, zu prüfen, ob eine Verlegung der Musikschule auf das Zeughausareal eine interessante Option sein könnte. Heute ist die Raumsituation der Musikschule alles andere als günstig und für die Nutzung des Zeughausareals bestehen nur teilweise Ideen. Weshalb soll man das also nicht zusammen denken?*

Aus der Antwort des Stadtrates habe ich v.a. drei Aspekte herausgelesen:

- 1. macht sich die Musikschule Gedanken darüber, wie viel Zentralität und wie viel Dezentralität gut ist. Klar ist, dass es ein Musikschulzentrum braucht mit den Unterrichtsräumen für einzelne Instrumentengruppen oder einzelne Unterrichtsformen, oder aber auch für Aufführungen.*
- 2. werde das Schulhaus Dorf nach der Realisierung des Krämerackerschulhauses nicht mehr gebraucht. Dies könne sich als neues Musikschulzentrum eignen.*
- 3. Der Standort Zeughausareal sei als langfristige Lösung durchaus erwünscht.*

Ist Ihnen klar, welche Strategie nun verfolgt wird? Mir nicht.

Es geht ja um drei Themenfelder, die übereinander gelegt werden müssen: die Strategie der Musikschule, die Schulraumstrategie der Primarschule und der Sekundarstufe und der Nutzungsstrategie für das Zeughausareal. Die Postulatsantwort liefert dazu Ansätze, definiert aber keinesfalls eine ablesbare Strategie.

Bei der Musikschule habe ich den Eindruck erhalten, dass sie ihr Unterrichtsangebot den Möglichkeiten anpassen muss. Die Idee, die von der Musikschule vor einigen Jahren formuliert wurde, auf dem Zeughausareal ein Zentrum zu schaffen, wird hier nicht weiter erläutert oder konkretisiert. Nach der Eröffnung des Schulhauses Krämeracker soll das Schulhaus Dorf nicht mehr benötigt werden. Diese Aussage bleibt mir angesichts der rund 20 Schulzimmer in Pavillon-Provisorien und des erwarteten Schülerwachstums mehr als ein Rätsel.

Ich kann mir auch nicht richtig vorstellen, wie das alte Schulhaus zu einem Musikschulzentrum umgenutzt werden kann – wie soll das baulich und akustisch gehen?

Und wenn man so viel in das Schulhaus Dorf investieren würden, dann wäre doch die Option Zeughausareal für absehbare Zeit vom Tisch. Die Aussage im Postulat, eine Musikschulnutzung auf dem Zeughausareal sei wünschenswert, wäre vor diesem Hintergrund doch eher etwas absurd. Wir können doch nicht ernsthaft sagen, dass das Dorf zum neuen Zentrum wird und auf dem Zeughaus auch noch was entstehen soll.

Und dann fehlt eine Auseinandersetzung mit der Hauptfrage des Postulats. Ist ein Musikschulnutzung auf dem Zeughausareal eine weiter zu verfolgende Option und was würde die bedeuten? Ich möchte Ihnen nochmals den Postulatstext vorlesen:

„Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, inwieweit die Musikschule Uster-Greifensee (MSUG) auf dem Zeughausareal untergebracht werden könnte und welche infrastrukturellen, finanziellen und organisatorischen Eckwerte dabei zu beachten wären. Zudem sind die Synergiepotenziale mit den übrigen auf dem Zeughausareal vorgesehen Kulturräumlichkeiten und –institutionen aufzuzeigen.“ Weil das Postulat noch nicht beantwortet ist, beantragen wir einen Ergänzungsbericht. Diese Forderung ist sehr wohl gerechtfertigt. Denn für unsere künftigen Entscheidungen müssen wir, wissen wie die Strategie der Musikschule, Schulraumstrategie und die Nutzungsstrategie für das Zeughausareal übereinstimmen. Und darüber möchten wir eine Debatte führen können. Eine Debatte über Strategieüberlegungen und nicht viel zu spät über konkrete Umsetzungen oder gar faits accomplis. Ich danke Ihnen für die Unterstützung dieses Antrags für einen Ergänzungsbericht.

Und zum Schluss noch dies: Ich kann mich des Eindrucks nicht verwehren, dass sich die Abteilungen, die für die Behandlung des Postulats einzubeziehen sind - die Abteilungen Präsidiales und Bildung, aber auch Bau und Finanzen - dass sie sich ziemlich wenig ausgetauscht haben. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Antwort zusammen erarbeitet worden ist, obwohl es eigentlich nötig wäre.

Die Abteilungsvorsteherin Bildung, Stadträtin Patricia **Bernet**, nimmt Stellung: *Zu den Räumen im Dorfschulhaus. Die benötigten Räume fehlen nicht nur wegen der Anzahl, sondern auch wegen des Standorts. Erschwerend ist, dass das Dorfschulhaus zu klein ist. Der Betrieb dafür ist aufwendig, darum ist der Tagesaufwand dafür relativ hoch. Mit Zusammenlegungen kann der Aufwand optimiert werden, darum sehen wir von einer Nutzung des Dorfschulhauses dafür ab. Weitere Varianten müssen wir noch eingehend prüfen. Wir prüfen Optionen, die Musikschule näher zur Primarschule zu bringen. Zum jetzigen Zeitpunkt sind diese Überlegungen der Musikschule mit der Primarschule noch nicht abgeschlossen. Darum brauchen wir jetzt keinen Ergänzungsbericht. Zu gegebener Zeit werden wir unsere Schlussfolgerungen dazu dem Gemeinderat aber gerne vorlegen.*

Für die Grüne-Fraktion referiert Meret **Schneider**: *Nachdem mich die Beantwortung des letzten Postulates, Vermeidung von Palmöl, geradezu zu Begeisterungstürmen verleitet hat, scheint nun wieder „usual business“ einzukehren. Die Argumentation des Berichts mäandert sich träge von der desolaten aktuellen Situation der Musikschule über deren Eingabe für ein Musikschulzentrum im Zusammenhang mit der Zentrumsentwicklung weiter zu löblichen Ansprüchen an ein Musikschulzentrum und die entsprechenden Räume, die „neuesten Erkenntnissen aus Akustik- und Gesundheitsforschung“ entsprechen sollen und endet damit, dass die planungsrechtlichen Grundlagen für ein Musikschulzentrum im Zeughausareal grundsätzlich gegeben wären. Ein Bericht wie eine Strasse am San Bernardino – viele Kurven und Schlaufen, aber wirklich vorwärts kommt man doch nicht. Zusammenfassend lässt sich Folgendes festhalten:*

- *Die Musikschule braucht ein zentrales Gebäude, das, wie der Stadtrat selber formuliert, bezüglich Räumlichkeiten dem State of the Art für Musikräume entsprechen soll. Wie sonst ist die Aussage „Die Räume (heute) sind für heutige Verhältnisse zu klein und entsprechen nicht mehr den neuesten Erkenntnissen aus Akustik- und Gesundheitsforschung.“ Hoppla, das wird ganz schön was vorgelegt.*
- *Weiter ist es auch im Interesse der Musikschule, einen Platz im Zeughausareal zu bekommen, was auch das Zeughausareal tagsüber beleben könnte und sich gut in das kulturelle Angebot einfügen würde.*
- *Das Schulhaus Dorf wird offenbar für normale Schulnutzung zukünftig nicht weiter benötigt. Wohl weil im neuen Krämeracker mit seinen ohnehin schon nicht gerade grosszügigen Räumlichkeiten bald 35er Klassen einquartiert werden? Als Läuferin weiss ich: Ist die Schmerzgrenze einmal überschritten, kann man auch darüber hinausgehen – irgendwann kommt's nicht mehr darauf an. Aber gilt das auch für Schulräume?*
- *Die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Ansiedlung einer Musikschule im Zeughausareal wären gegeben.*

Soweit die Fakten – wenn man einige Kurven weglässt, gar nicht mal schlecht. Einzig irritierend ist das Fazit, das gezogen wurde. Woraus immer es gezogen wurde, die gerade erwähnten Fakten scheinen es nicht gewesen zu sein.

Wie sonst käme man auf die Idee, ein Musikschulzentrum im Schulhaus Dorf einquartieren zu wollen, nachdem man im Bericht zuvor derart hohe Ansprüche an Musikräume bezüglich Akustik etc. gestellt hat? Das Schulhaus Dorf dürfte diese doch kaum erfüllen? Wie käme man auf die Idee, vermehrt den Jazzcontainer für den Musikunterricht zu brauchen, obwohl die Musikschule doch etwas möglichst Zentrales unter einem Dach anstreben würde? Was sind die Gedanken hinter einer Umnutzung des Schulhauses Dorf, obwohl wir durch das Projekt „Stadtraum Uster 2035“ doch wissen, dass Uster um 20% wachsen soll? Nun gut mit den ganzen geplanten Alterswohnungen, dem Spitalausbau und der Reha werden diese Menschen vielleicht primär unfruchtbare Betagte sein, die keine Schulräume mehr benötigen – aber wollen wir darauf hoffen? Und last but not least das Wichtigste: Wie käme man auf die Idee, aus einem Bericht, der sämtliche pro-Argumente für ein Musikschulzentrum im Zeughausareal auflistet, das Fazit zu ziehen: Wir bauen es nicht da? Fragen über Fragen, Rätsel über Rätsel. Mit einem Ergänzungsbericht bitten wir den Stadtrat, diese Rätsel zu lösen.

Für die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion referiert Ursula **Räuftlin** (Grünliberale): *Mit dem Postulat „Musikschule ins Herz von Uster“ haben wir dem Stadtrat vor bald zwei Jahren einen Auftrag erteilt. Er solle uns aufzeigen, wie die Musikschule auf dem Zeughausareal untergebracht werden könnte und welche infrastrukturellen, finanziellen und organisatorischen Eckwerte dabei beachtet werden müssen.*

Obwohl die Frist für die Beantwortung des Postulates zweimal verlängert wurde, beantwortet das Postulat unsere gestellten Fragen nicht oder nur sehr unbefriedigend. Es wirft sogar zusätzliche Fragen auf, wie dies bereits mein Vorredner, Balthasar Thalmann, aufgezeigt hat. Es wurde bereits viel gesagt, weshalb ich nicht alle Punkte meines Vorredners nochmals wiederholen werde. Verwiesen wird in der Postulatsantwort mehrfach auf die Schulraumstrategie, die uns ab Dezember 2016 vorliegen sollte. Diese ist uns aber auch jetzt im Februar 2017 immer noch nicht bekannt. Wieso soll plötzlich das Dorfschulhaus nicht mehr von der Primarschule genutzt werden? Bei unserem steten Bevölkerungswachstum von 300 Personen jährlich und der noch grösseren kantonalen Vorgabe für unsere zukünftige 42'000-Einwohner-Stadt scheint mir das sehr unrealistisch. Vorübergehend soll dann das Schulhaus Dorf für die Musikschule genutzt werden. Und später soll dann doch ein Standort auf dem Zeughausareal geplant werden. Wo bleibt da der sorgfältige Umgang mit den finanziellen Mitteln? Ohne bauliche Veränderungen am Schulhaus Dorf wird dieses kaum durch die Musikschule genutzt werden können. Und diesen Standort dann später doch wieder aufzugeben und im Zeughausareal nochmals zu bauen? Aus meiner Sicht wäre es deutlich wirtschaftlicher, bereits in der ersten Etappe im Zeughausareal die Musikschule miteinzubeziehen. Aber eben: zu der Frage nach den finanziellen Eckwerten schweigt sich die Postulatsantwort komplett aus.

Der Bericht und Antrag des Stadtrates zu unserem Postulat ist aus meiner Sicht absolut ungenügend. Die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion unterstützt deshalb die Forderung nach einem Ergänzungsbericht. Die Postulatsantwort, wie sie uns hier vorliegt, lehnen wir ab.

Für die FDP-Fraktion referiert Richard **Sägesser**: *Der Bericht überzeugt uns nicht. Wichtige Fragen bleiben offen:*

- *Wohin soll denn nun die Musikschule? Ins Dorfschulhaus oder dann doch ins Zeughaus?*
- *Wieviel an einem zentralem Standort, wieviel dezentral in den Schulhäusern? Wieviel im Herz, wieviel in den Extremitäten?*

Das Anliegen der Postulanten hat wenig Musikgehör erhalten. Zum Antrag für einen Ergänzungsbericht: Wir waren damals gegen die Überweisung, weil der Standort der MSUG im Zeughaus im Planungsprozess für das Zeughausareal geklärt werden soll und kann. Was den Bedarf von Schulimmobilien für die MSUG angeht, erwarten wir in der Antwort auf das Postulat Schulraumstrategie klare Aussagen. Von einem Ergänzungsbericht erwarten wir daher nicht viele neue Erkenntnisse. Wir hoffen, dass der Bericht zum Postulat 575/2016 betreffend Konkretisierung Schulraumstrategie aussagekräftiger sein wird. Sonst sind wir nicht weiter. Den Antrag für einen Ergänzungsbericht lehnen wir ab.

Paul **Stopper** (BPU): *Ich war auch erstaunt, wie rasch Planungen wieder über den Haufen geworfen werden können. Das Postulat will eine Musikschule im Herzen von Uster, das wäre das Dorfschulhaus. Im Bericht des Stadtrates steht nicht, was denn nun geschehen soll. Ich schlage vor, beide Varianten Musikzentrum im Dorfschulhaus und im Zeughausareal zu prüfen. Das Zeughausareal wurde zu früh als Standort ausgeschieden. Für die Musikschule braucht es auch Einzelzimmer, was nicht einfach realisiert werden kann. Darum bin ich auch für einen Ergänzungsbericht. Wie bringen wir später die Kinder vom Dorfschulhaus im Zentrum ins Krämeracker?*

Balthasar **Thalmann** (SP) hat einen Ergänzungsbericht des Stadtrates beantragt: *Noch zwei Worte zur Entstehungsgeschichte des Postulats. Die Idee eines Standorts im Dorfschulhaus stammt nicht von uns Postulanten, sondern konnte einem Jahresbericht der MSUG entnommen werden. Der Stadtrat hat zwei Mal eine Fristverlängerung erhalten auf Grund seiner Begründung, er wolle die Volksabstimmung über das Zeughausareal abwarten. Jetzt haben wir eine neue Begründung vom Stadtrat dafür erhalten.*

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 18:14 Stimmen:

- 1. Der Stadtrat hat einen Ergänzungsbericht zum Postulat 523/2015 vorzulegen.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

5 Antrag 82/2016 des Stadtrates: Projekt Herzkern Uster

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS) referiert Marius **Weder** (SP): *Der vorliegende Antrag wurde in der KÖS an drei Daten diskutiert, am 24. Oktober 2016 sowie am 9. und am 30. Januar 2017, wobei die materiellen Beschlüsse an letzterem Datum erfolgten. Stadtrat und Verwaltung waren an den ersten beiden Sitzungen vertreten durch Stadtpräsident Werner Egli, den Abteilungsleiter Präsidiales, Christian Zwinggi, und die Leistungsgruppen-Leiterin Standortförderung, Sandra Frauenfelder. Bei der Sitzung am 9. Januar war zudem der Stadtplaner Patrik Neuhaus mit dabei. Zwischen diesen Sitzungen besuchten die genannten Personen die Fraktionen, die dies wünschten, um über das Projekt zu informieren. Auch wurden Fragen schriftlich beantwortet und den Gemeinderatsmitgliedern wurden elektronisch benötigte Dokumente zugestellt. Für die kompetente Erteilung der Auskünfte, die Beantwortung der Fragen und den grossen Einsatz herzlichen Dank seitens der Kommission an Werner Egli, Christian Zwinggi, Sandra Frauenfelder und Patrick Neuhaus.*

Worum geht es beim vorliegenden Geschäft? Die Stadt Uster soll sich zwecks Belebung des Stadtzentrums für die Jahre 2017 bis 2020 am Projekt Herzkern Uster beteiligen und sich mit Personal- und Sachleistungen sowie einem finanziellen Beitrag engagieren. Dazu soll ein einmaliger Kredit von total 400'000 Franken (100'000 Franken pro Jahr) bewilligt werden. Der Beitrag ist an die Bedingung geknüpft, dass eine Beteiligung durch Private (Gewerbe, Detailhandel, Verbände) in mindestens gleicher Höhe erfolgt. Resultiert von privater Seite ein geringerer Beitrag, so reduziert sich automatisch auch der städtische Beitrag auf die gleiche Höhe. Die Abteilung Präsidiales soll hierfür mit der Umsetzung und Ausarbeitung eines Leistungskontraktes mit dem zu gründenden Verein Herzkern beauftragt werden. Geplant ist somit ein sogenanntes - wie es auf "Neudeutsch" heisst - "Public-Private-Partnership", kurz PPP. Dabei arbeiten öffentliche Hand und Private in einer Organisationsform zusammen zur Wahrnehmung einer öffentlichen Aufgabe, indem die privaten Kräfte in die Problemlösung eingebunden werden. Als Zentrum respektive Innenstadt wird vorliegend der Raum zwischen Schulhaus Freiestrasse und Zeughaus-Areal bzw. zwischen Oberlandstrasse und reformierter Kirche definiert. Das innere Zentrum bildet das Gebiet rund um die Gerichtsstrasse. Zur Vorgeschichte des Geschäfts ist Folgendes zu sagen: Es ist beobachtet worden, dass das Zentrum für die Bevölkerung ein wichtiges Anliegen ist, wie Umfragen bestätigt haben. Dabei ist jedoch ein Kaufkraftabfluss weg von Uster festzustellen. Die aktuelle Bautätigkeit schafft nun neue Ladenflächen, die sich alle wünschen. Andere kleine und mittelgrosse Städte haben ähnlich grosse Herausforderungen. Alle versuchen eine Belebung des jeweiligen Stadtzentrums zu erlangen. Die Initiative für das vorliegende Projekt kam in Uster vom Gewerbe, die Stadtbehörden unterstützen es subsidiär, zumal der Markt bei dieser Fragestellung versagt. Seitens der Exekutive wird betont, dass eine Unterstützung von genau 50 Prozent in jedem Bereich geplant wird. Es soll dabei nicht neuer Wein in alte Schläuche abgefüllt, sondern eine neue Vorlage präsentiert werden. Es sollen als Resultat der Arbeit des zu gründenden Vereins entsprechend gute Angebote gemacht werden können, um den Leuten einen Grund dafür zu geben, ins Zentrum zu kommen. Es geht - im Gegensatz zu früheren Projekten unter dem Namen "Herzkern" - also nicht um Verkaufsförderung für das Gewerbe, sondern darum, das Zentrum insgesamt für die Menschen zu fördern. Wenn nichts unternommen wird, werden die neuen Läden leer bleiben. Und das ist für die Identitätsbildung der Stadt Uster schlecht. Stadtrat und Verwaltung wollen, dass die Ustermer stolz auf ihr Zentrum sein können. Zur Zeit liegen erste Vorschläge aus der Strukturgruppe vor, die noch weiter zu verfeinern sein werden. Es ist daher geplant, dass die Standortförderin, Sandra Frauenfelder, den Verein dafür koordinieren soll.

Zu teils kontroversen Diskussionen Anlass gaben in der Kommission diverse Punkte. Ein wichtiger Kritikpunkt war dabei die Tatsache, dass beim zu gründenden Verein Herzkern Uster noch keine Namen der Vorstandsmitglieder konkret bekannt sind. Geplant ist, dass diesbezüglich einerseits Vertretungen von Stadt und Gewerbe, andererseits aber auch etwa von Kulturschaffenden und anderen interessierten Personen aus der Zivilgesellschaft in den künftigen Vereinsvorstand Einsitz nehmen sollen. Insofern konnten die Bedenken skeptischer Kommissionsmitglieder zwar nicht gänzlich ausgeräumt, so doch aber immerhin etwas relativiert werden.

Ein weiterer Kritikpunkt war der zunächst fehlende Leistungskontrakt. Mittels der Zustellung des Entwurfs des Leistungskontrakts konnte diesem Kritikpunkt begegnet werden, indem man sich nun ein Bild davon machen konnte, wie dieser aussehen wird.

Sodann wurde seitens einiger Kommissionsmitglieder eine bessere Kontrolle über die Verwendung der finanziellen Mittel gewünscht. Dass diese Kontrolle im Falle der Auslagerung von Verwaltungstätigkeit an einen privaten Dienstleister notwendigerweise geringer ist, als wenn die Verwaltung alles selbst machte, liegt in der Natur der Sache eines solchen Public-Private-Partnerships und ist letztlich eine Wertungsfrage.

Weiter wurde seitens von Kommissionsmitgliedern betont, dass das Projekt keine direkte Gewerbeförderung sein dürfe, wobei in diesem Zusammenhang auch der finanzielle Verteilschlüssel diskutiert wurde.

In der KÖS wurden insgesamt drei Änderungsanträge gestellt. Gemäss dem ersten Änderungsantrag sei Dispositivziffer 4 wie folgt zu ergänzen: "Der Jahresbericht des Vereins Herzkern ist jeweils der Kommission für öffentliche Dienste und Sicherheit des Gemeinderats (KÖS) zur Kenntnisnahme vorzulegen." Dieser Antrag wurde mit 9:0 Stimmen angenommen. Die Kommission erachtet eine solche Überprüfung der Tätigkeit des Vereins Herzkern als sinnvoll, wobei hier die fachliche Tätigkeit und die dadurch erzielten Ergebnisse im Vordergrund stehen sollen, nicht die finanziellen Zahlen.

Ein zweiter Änderungsantrag verlangte, dass Kommunikation und Verkaufsförderung gemeinsam höchstens 33 % des Aufwands ausmachen dürften anstatt der budgetierten 50 % gemäss Ziffer 6 auf Seite 5 der Begründung des Antrags des Stadtrats. Dieser Änderungsantrag wurde mit 2:7 Stimmen abgelehnt. Eine derartige prozentuale Festlegung erachtet die Kommission als nicht zielführend, da sich bei manchen Aktivitäten ein genaue Subsumtion unter ein Kriterium wohl nur sehr schwer machen liesse und letztlich eine Scheingenauigkeit darstellte.

Der dritte Änderungsantrag verlangte eine Erhöhung des Gesamtkredits um 10 % auf maximal 440'000 Franken zwecks Finanzierung einer externen Begleitung und Kontrolle. Auch dieser Antrag wurde mit 2:7 Stimmen abgelehnt. Der Kommission erschienen die Kosten einer solchen externen Überprüfung des Projekts als im Vergleich zu den gesamten Kosten unverhältnismässig hoch. Die KÖS empfiehlt den entsprechend geänderten Antrag des Stadtrats mit 8:1 Stimmen zur Annahme.

Für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert Giuseppe **Biacchi** (SVP): Es hat etwas länger gedauert bis der Antrag 82/2016 Projekt Herzkern von der KÖS zur RPK gelangte.

Die Mitglieder der RPK haben den Antrag 82/2016 am 6. Februar 2017 mit den anwesenden Herren Werner Egli, Stadtpräsident, und Christian Zwinggi, Abteilungsleiter Präsidiales, nochmals ausführlich diskutiert.

Zum Antrag von der KÖS stellt die RPK einen weiteren Antrag. Ergänzung Dispositiv 4: Der Jahresbericht inklusiv Jahresrechnung des Vereins Herzkern ist jeweils der Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit des Gemeinderates und der Rechnungsprüfungskommission zur Kenntnisnahme vorzulegen. Die Abstimmung über die Anträge ergab folgendes Resultat: Der Antrag KÖS wird dem neu gestellten RPK Antrag (Ziffer 4 Dispositiv) gegenüber gestellt. Der Antrag der RPK wird mit 8:0 Stimmen angenommen (abwesend 1). Der Antrag RPK wird dem Antrag vom Stadtrat gegenübergestellt. Der Antrag der RPK wird mit 8:0 Stimmen angenommen (abwesend 1).

Die neuen zum Teil nicht klar formulierten Anträge wurden innerhalb der RPK diskutiert und definiert. Die weiteren Anträge wurden wie folgt behandelt:

Der Antrag 1 zusätzlich neues Dispositiv 5:

Kommunikation und Verkaufsförderung machen gemeinsam höchstens 33 % des Gesamtaufwandes aus (anstatt der budgetierten 50 %). Das Budget des Bereiches Events und Kultur ist um 17 % zu erhöhen.

Der Antrag 2 ebenfalls neues Dispositiv 5: Die „Verkaufsförderung“ macht höchstens 15 % des Gesamtaufwandes aus (anstatt der budgetierten 50 %).

Das Budget des Bereiches Events + Kultur ist auf 35 % zu erhöhen.

Der Antrag 1 wird dem Antrag 2 gegenübergestellt. Der Antrag 1 wird mit 6:2 Stimmen angenommen (abwesend 1).

Der Antrag 2 wird dem Antrag Stadtrat gegenübergestellt. Der Antrag Stadtrat wird mit 6:2 Stimmen angenommen, eine Person abwesend.

Der Antrag zur Änderung des Dispositiv 2: Eine externe Begleitung und Kontrolle ist zu beschliessen und dafür den Gesamtkredit plus 10 %, auf maximal CHF 440'000 zu erhöhen.

Dieser Antrag wird mit 7:1 Stimmen abgelehnt (abwesend 1).

Schlussabstimmung: Die RPK beschliesst mit 7:1 Stimmen (abwesend 1), dem Gemeinderat den Antrag 82/2016 Projekt Herzkern inkl. Änderung der RPK im Dispositiv 4 anzunehmen.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert Hans **Denzler** (SVP): *In der Dualstrategie der Stadt Uster ist klar ersichtlich, was für Leitsätze festgelegt worden sind:*

- *Uster bietet gute Rahmenbedingung für Unternehmen und begleitet das lokale Gewerbe.*
- *Uster treibt die eingeleitete Zentrumsentwicklung voran.*
- *Uster ist auf qualitatives und diversifiziertes Wachstum ausgerichtet.*
- *Uster fördert Identität, Gemeinschaft, Zusammenleben und Gesundheit.*
- *Uster fördert den qualifizierten Bildungsstandort und lebt Kultur.*

Uster setzt den Schwerpunkt auf die Entwicklung von Gebieten mit durchmischter Nutzung und schafft neue Wohn-, Büro-, und Gewerbeflächen. Die Standort- und Lebensqualität wird weiterentwickelt.

Die Ustermerinnen und Ustermer identifizieren sich mit ihrer Stadt und beteiligen sich am öffentlichen Leben. Gemeinschaft und Zusammenleben stellen wichtige Werte und werden gefördert und unterstützt.

Uster ist eine lebendige Stadt. Was jedoch fehlt, sind der Austausch zwischen den Detaillisten und Dienstleistern, die Abstimmung untereinander sowie der Zusammenhalt. Viele organisieren und planen etwas auf eigene Faust ohne dabei auf eine fruchtbare Zusammenarbeit und wertvolle Synergien zu setzen, z. B. Sonntagsverkauf an Weihnachten.

Mit dem Projekt Herzkern möchte man, dass die Ustermer Pendler und Auswärtige wieder mehr Zeit in Uster verbringen.

Bei Herzkern geht es nicht um „Outlets“ und „Sales“, die kurzfristig den Detailhandel stärken, sondern vielmehr darum, die Standort-Attraktivität als Ganzes zu fördern.

Der öffentliche Raum bietet künftig Platz für Strassenkünstler, Lese-Ecken, Musik und Orte wo man angeregten Diskussionen folgen kann. Um diese Ziele zu erreichen braucht es den Detailhandel und die Kultur.

Ohne einen rentablen Detailhandel kann eine Innenstadt nicht belebt werden. Es geht um mehr als um Schoggihasen. Man möchte ja, dass die Ustermer Bevölkerung wieder vermehrt ihren Franken in Uster ausgibt.

Es ist falsch, wenn wir über mehr oder weniger oder gar keine Verkaufsförderung diskutieren.

Der Detailhandel und Kultur müssen vom Projekt Herzkern profitieren. Um aus dem Projekt Erfolge zu erkennen, braucht es aber das Verständnis, dass dies nicht in zwei Jahren möglich ist. Solche Projekte muss man langfristig betrachten.

Es ist an der Zeit dass wir Herzkern in Angriff nehmen, bevor alle Konsumenten in die Einkaufszentren abwandern. Die SVP/EDU-Fraktion unterstützt den vorliegenden Antrag 82/2016 des Stadtrates.

Für die SP-Fraktion referiert Kathrin **Agosti**: *Das Projekt Herzkern ist bei uns in der Fraktion kontrovers diskutiert worden. An der Zielsetzung des Projektes hat ja niemand etwas auszusetzen. Wir alle möchten ein belebtes Zentrum. Das ist auch der Grund, dass wir den Antrag des Stadtrates grossmehrheitlich unterstützen werden. Das, obwohl wir alle es schon sehr ungewöhnlich finden, dass wir 100 000 Franken pro Jahr an einen Verein fliessen lassen, von dem wir noch nicht mal die Statuten kennen und von dem wir nicht wissen, wer seine Mitglieder sein werden und wer entscheidet, für was das Geld ausgegeben wird.*

Eine Minderheit in unserer Fraktion hat aber auch grundsätzlich Mühe mit der Sache. Natürlich nicht mit dem Ziel, Zentrumsbelebung, aber mit dem Weg dorthin: „Public-Private-Partnership“ mag ja ein sinnvolles Instrument sein, wo es um die Übertragung einer klar umschriebenen öffentlichen Aufgabe geht, wie z. B. die Führung des Familienzentrums geht. Aber wie ein städtisches Zentrum belebt werden soll, ist eine politische Meinungsbildung: Wollen wir ein verkehrsfreies Zentrum und setzen wir konsequent auf den öffentlichen Verkehr und Langsamverkehr? Oder heisst Zentrumsbelebung, möglichst einfach mit dem Auto zum Laden zu kommen? Fordern wir von den Bauherren im Zentrum Mitwirkung und Zugeständnisse bei der Gestaltung des öffentlichen Raums und bei der

Erdgeschossnutzung, oder ist es unsere Devise, den Privaten möglichst wenige Auflagen zu machen? Sind wir als Stadt bereit, etwas Geld in die Hand zu nehmen, um nicht gewinnorientierte Institutionen, wie z. B. die Bibliothek oder die Musikschule ins Zentrum zu bringen? Das alles sind Fragen, die wir politisch diskutieren müssen. Dafür sind die politischen Gremien da und nicht ein Verein, der noch nicht mal geboren ist, bei dem sich aber letztlich die engagieren werden, die im Zentrum handfeste, sprich wirtschaftliche, Interessen haben.
Das also die „ordnungspolitische“ Skepsis dem Projekt Herzkern gegenüber. Aber wie gesagt: Grossmehrheitlich sind wir dafür, den Versuch zu wagen.

Für die Grüne-Fraktion referiert Meret **Schneider**: *Marktversagen – so heisst es in der Wirtschaftslehre – wird immer dann festgestellt, wenn der Markt nicht beabsichtigte Wirkungen hervorbringt und Teile der Wirtschaft sogar schädigen. Dasselbe politische Lager, das früher für Einkaufszentren auf der grünen Wiese und freien Handel im Internet votierte, will nun das Versagen abfedern und das Herz der Stadt Uster – das Zentrum – mit einem staatlich finanzierten Defibrillator Marke Herzkern wieder in Schwung bringen.*

Mit kernigen Events soll wieder mehr Herz, mehr Leben ins Zentrum der Stadt gebracht werden. Ob wir da – auch wenn mit Herz dabei – wirklich zum Kern vordringen – daran mögen wir Grüne nicht so ganz glauben.

Der stadträtliche Antrag scheint uns zu eindimensional. Anstatt beispielsweise mit einer Fussgängerzone gleich auch neue Voraussetzungen für ein lebhaftes Zentrum zu schaffen, belässt man es bei einer Pinselrenovation. So wird das Projekt Herzkern grundsätzlich sicherlich nur eine 08/15-Intervention sein, wie es andere Städte auch machen. Wir sehen darin nichts wirklich Innovatives. Da scheinen uns Ansätze wie in der nachher zur Debatte stehenden Motion „Fair Trade Town Uster“ interessanter und zielführender.

Um mehr Gewissheit zu erhalten, ob die vorgesehenen Massnahmen auch wirklich greifen, haben wir in der KÖS den Antrag auf eine wissenschaftliche Begleitung des Projekts gestellt. Leider hatte dieser Antrag keine Chance. Wir werden ihn nicht nochmals stellen. Aber wir werden Herzkern im Rahmen des NPM-Jahresberichts und bei der neu verankerten Kenntnisnahme des Jahresberichts des Vereins Herzkern genau unter die Lupe nehmen. Das bedeutet auch, dass sich die Grünen nicht scheuen werden, einen Abbruch der Aktion zu fordern, sollten die in Aussicht gestellten Resultate ausbleiben.

Ohne Begeisterung werden wir dem abgeänderten Antrag zustimmen. Insofern wollen wir dem Projekt eine Chance geben. Wir zählen aber auf Sie alle, dass Sie auch anderen Vorlagen ihre Stimme geben können, die ebenfalls zu einem positiven „Image“ der Stadt beitragen würden.

Für die FDP-Fraktion referiert Matthias **Bickel**: *Die Verödung des Stadtzentrums Uster ist seit vielen Jahren ein Thema von Bevölkerung, Wirtschaft und Politik. Vieles wurde schon versucht, doch wenig hat geklappt. Neu- oder Umbauten von privater Seite brachten zwar frische Farbtupfer ins Zentrum und die Stadt setzt moderne Akzente bei Strassensanierungen, doch der Abwärtstrend wurde bis jetzt nicht gestoppt. Konkrete Projekte oder gar Volksinitiativen zum Thema Zentrumsentwicklung hatten bis jetzt auch keine Chance.*

Mit dem vorliegenden Projekt "Herzkern Uster" wird nun ein neuer Anlauf genommen, unser Stadtzentrum zu revitalisieren. Die FDP-Fraktion unterstützt das Projekt daher klar! Denn:

Jahrelang blieb man in der Huhn-Ei-Büchse gefangen: Man wartete auf die attraktiven Geschäfte, doch kommen die erst, wenn die Leute da sind. Und die Leute kommen erst, wenn die attraktiven Geschäfte da sind. WFU, GVU und die Stadt brechen nun aus dieser Büchse aus und machen den ersten Schritt. Das Projekt wird auch mitgetragen von einem Netzwerk aus verschiedenen Akteuren. Zudem passt der Zeitpunkt der Lancierung gut zum parallel laufenden Projekt "Stadtraum Uster 2035", womit man die Stadtentwicklung mit allen Akteuren zusammen ganzheitlich vorantreiben will.

Das vorliegende Projekt ist keine ausschliessliches Verkaufs- und Marketingförderungsprojekt, sondern ein Projekt, das mithelfen will, das Stadtzentrum umfassend zu beleben. Verschiedenste Massnahmen und Aktionen von Gewerbe, Kultur und Stadt sollen dazu beitragen, dass die Ustermer Bevölkerung am öffentlichen Leben im Stadtzentrum teilnimmt und zusammen mit den Auswärtigen in Uster bleibt, um einzukaufen, zu konsumieren, zu flanieren oder einfach zu sein. Das belebt unsere Stadt und steigert den Kaufkraftzufluss.

Natürlich werden für das Engagement der Stadt auch Steuergelder eingesetzt, doch dieses Mal indirekter, allgemeiner und nachhaltiger. Es geht um die Belebung des Stadtzentrums als Ganzes, weshalb auch die Stadt gefragt ist, da sie nun mal die Ansprechpartnerin für öffentliche Belange ist und es sicher auch im Interesse eines grossen Teils der Bevölkerung liegt, in einer attraktiven Stadt zu wohnen und zu arbeiten – sprich: zu leben!

So liegt es nun an uns hier im Saal, den Anteil der Stadt Uster auf seinen Weg zu schicken. Wie eingangs bereits erwähnt, unterstützt unsere Fraktion das Projekt, jedoch den Kommissionsantrag der KÖS/RPK mit der Ergänzung in Dispositiv Ziffer 4 des stadträtlichen Antrags, dass der Jahresbericht des Vereins jeweils in der KÖS/RPK zu präsentieren sei. Denn so kann sich der Gemeinderat über die Verwendung der Gelder wie den Fortgang der Aktionen informieren und sich auch mit dem Verein im offiziellen Rahmen austauschen. In vier Jahren geht es ja dann vielleicht auch um eine Weiterführung des Projekts.

Wir alle wünschen uns ein belebtes Zentrum. Und dazu braucht es den gemeinsamen Effort der öffentlichen Hand wie der Privaten. Herzkern schafft die Verbindung, ohne dass die Stadt Marketing für die Geschäfte betreibt und ohne dass deswegen das Gewerbe die Aufgaben der Stadt übernimmt. Es gibt zahlreiche Massnahmen, die sowohl von allgemeinem öffentlichen als auch von kommerziellem, privatem Interesse sind. Dass Stadt und Gewerbe hier zusammengehen, ist nur richtig. Geben wir Herzkern also eine Chance!

Ivo **Koller** (BDP) beantragt für sein Referat eine **Verlängerung der Redezeit** auf 10 Minuten.

Der Rat stimmt der Redezeitverlängerung mit 17 Stimmen zu.

Für die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion referiert Ivo **Koller** (BDP): *Die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion und ich im Speziellen haben sich über den neuen Herzkern-Antrag gefreut. Ein hochspannendes Geschäft, verbunden mit vielen Geschichten und Emotionen.*

Zum neuen Antrag gehört eine Vorgeschichte, weshalb ich nochmals kurz zurückschaue.

Herzkern wurde ja bekanntlich im Dezember 2014 durch die gewerbe-unabhängigen Kräfte in diesem Parlament abgelehnt. Die Mitglieder der Mittelefraktion waren und sind weder den Interessen von WFU noch GVV verpflichtet, noch haben wir einen Stadtrat, welcher uns unser Abstimmungsverhalten vorzuschreiben versucht. Mit diesen Voraussetzungen sind wir der Überzeugung, dass wir sowohl in der Vergangenheit als auch aktuell, sehr gut zum Wohle von Uster urteilen.

Wir lehnten 2014 Herzkern I ab, weil wir gegen die geplante Einstellung eines Zentrumsmanagers resp. Marketingfachmanns waren und es sollte auch Schluss damit sein, dass mit dem Steuerfranken höchst fragwürdige Marketing- und Verkaufsfördermassnahmen unterstützt werden. Ich erinnere da z.B. an den Stand der Uster Messe, welcher einzig aus ein paar Holzpaletten bestand und über 30'000 Franken kostete oder an eine Weihnachtsaktion, bei welcher Schoggichläuse verteilt wurden und welche über 50'000 Franken kostete.

Ich kann's nicht anders sagen, dort wurden Staatsgelder einfach „verlochet“.

Was mussten die damaligen Gegner des Projekts Herzkern danach für Prügel einstecken. In Leserbriefen und in sogar extra gekauften Zeitungsseiten wurde vom WFU, GVV und Stadtpräsidenten über mich persönlich und insbesondere über die Mitteleparteien hergezogen. Ich verzichte insbesondere darauf das rechthaberische und unsachliche Geschwätz von Peter Bühler (ehemaliger Präsident WFU) oder Ralph Steiner (ehemaliger Präsident FDP) zu wiederholen.

Was ich Ihnen aber in aller Deutlichkeit sagen kann: Die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion würde Herzkern I wieder ablehnen!

Und wissen Sie, was das Erstaunliche dabei ist? Heute, 2 ½ Jahre später, geben uns die meisten damaligen Herzkern-Befürworter Recht. Diese Leute haben mittlerweile begriffen, dass uns diese schön verkauften Verkaufsförderaktionen und dieses Marketing-Blabla keinen Schritt weiter bringen zu einem attraktiven Zentrum. Diese 200'000 Franken bei Herzkern I brachten dem Zentrum keinerlei Nutzen. Dieses Geld ist verpufft, und nichts davon war nachhaltig. Insofern ist dieser neue Antrag für uns auch ein Stück weit Genugtuung.

Ich habe gesagt, wir hätten uns über den neuen Antrag gefreut. Verstehen Sie uns aber nicht falsch, Freudenschreie hat er bei uns keine ausgelöst. Bereits beim Durchlesen des Titels stellten sich bei manchem die Nackenhaare auf. Die Beibehaltung des ungünstigen Titels ist ein unverständlicher Fauxpas und muss nachträglich korrigiert werden.

Der neue Antrag lässt sich auf die für uns drei wichtigsten Punkte zusammenfassen:

- 1. Herzkern I war ein Selbstbedienungsladen. Wir begrüssen enorm, dass nun die Submissionsrichtlinien vermerkt sind und diese auch eingehalten werden sollen. Es darf nicht sein, dass nur wenige auserwählte Gewerbler davon profitieren.*
- 2. Wir haben das Wort des Stadtrates und des GVV, dass der Verkaufsförderung viel weniger Gewicht zukommen soll. Damit wird eine unserer Hauptforderungen erfüllt. Gleichwohl lassen Sätze wie auf Seite 4, „Herzkern Uster ist KEIN reines Marketing- und Verkaufsförderungsprojekt“ nicht nur Gutes erahnen. Hoffentlich wird uns Gegenteiliges bewiesen. Es ist zudem äusserst irritierend, dass immerhin 50 Prozent der finanziellen Mittel für Verkaufsförderung und Kommunikation aufgewendet werden soll. Aus dem Antrag kommt deutlich hervor, dass man noch nicht so recht weiss, wo der Weg denn hinführen soll.
Wir wollen definitiv weniger Verkaufsförderung und mehr Gelder für Events & Kultur. Wir fordern den Gemeinderat dazu auf diesen Missstand jetzt zu korrigieren. Den entsprechenden Antrag haben sie erhalten und wird hiermit gestellt.*
- 3. Wir erwarten, dass die Verwaltung innerhalb des neuen Vereins eine Position der Stärke einnimmt und die städtischen Anliegen entsprechend vertritt und durchzusetzen versucht. Zudem möchten wir anregen, dass der Verein möglichst breit abgestützt und z.B. auch Junge und Kulturinteressierte vertreten sein sollen.*

Lobend wollen wir erwähnen, dass die Verwaltung offensichtlich aus den Fehlern von Herzkern I gelernt und Einwände von Beginn weg ernst genommen hat. Die transparente und detaillierte Informationspolitik zu diesem Antrag wurde sehr geschätzt.

Nun liegt es am Gemeinderat, dem Verein aufgrund der vorgenommen und geplanten Projektverbesserungen das nötige Vertrauen zu schenken. Wie auch immer am Schluss der Titel ist, das Projekt hat eine Chance verdient. Es ist zu befürchten, dass wir bei einer Ablehnung einen zu grossen Scherbenhaufen hinterlassen würden. Damit wäre niemandem gedient. Für uns ist und bleibt aber klar, dass die Belegung des Zentrums massgeblich nur zusammen mit einer Verkehrsbefreiung erzielt werden kann.

Mit einer Annahme verpflichtet sich der Stadtrat seinen für uns positiven Äusserungen auch Taten folgen zu lassen, denn der Antrag selber ist kein Meisterwerk. Wie sie aber erahnen oder am Samstag bereits in der Zeitung gelesen haben, stehen wir dem Antrag grundsätzlich wohlwollend gegenüber, auch wenn die Grundsatzfrage: „Was soll/darf durch die öffentliche Hand finanziert werden?“ immer noch Kontroversen auslöst.

Für die FDP-Fraktion referiert Richard **Sägesser**: *Die vorgesehenen Massnahmen sind nicht hoheitlich. Die ordnungspolitische Befürchtung, dass wir öffentliche Aufgaben einkaufen, ist aus unserer Sicht nicht berechtigt. Diese Skepsis ist unangemessen. Nach unserem Dafürhalten geht der Änderungsantrag der Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion zu weit. Damit stehen wir in der Gefahr, das Ziel, das Stadtzentrum zu beleben, aus den Augen zu verlieren. Eine messerscharfe Abgrenzung zwischen privaten Interessen und öffentlichen Aufgaben geht nicht. Wir lehnen darum den Antrag der Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion ab und stimmen dem Stadtrat zu.*

Hans **Denzler** (SVP): *Früher dürfte Ivo Koller recht haben, aber jetzt geht um die Zukunft. Nur mit „autofrei“ und eigenen Veranstaltungen allein bringen wir die Leute nicht ins Zentrum. Dann nützt die ganze Übung nichts.*

Paul **Stopper** (BPU): *Damals war ich gegen den Kredit. Der neuen Fassung, auch wenn sie teurer ist, möchte ich eine Chance geben. Es hat vieles in der Weisung des Stadtrates, was widersprüchlich ist. Vieles hätte man bereits vor 50 Jahren tun können. Ob der Weg, wie er jetzt vorgesehen wird, richtig ist, bezweifle ich, denn das Gewerbe wird sich dann sicher gegen Fussgängerzonen aussprechen. Auch die Fusswegverbindung zum Stadthaus ist ein 40jähriges Anliegen (siehe Postulat 506/2014). So wird in Uster politisiert: Man sagt nichts, ist dann aber dagegen. Immerhin sieht die Weisung unter Punkt 5 die Weihnachtsbeleuchtung vor. Gibt es eine Weihnachtsbeleuchtung in Uster überhaupt? Ich wäre froh, wenn dieser Schrott einmal weggeschafft werden könnte. Es braucht dafür etwas jenseits von Gut und Böse. Ich stimme zwar dem Antrag zu, habe aber ein ungutes Gefühl, weil die entscheidenden Fragen nicht gestellt worden sind. Also, geben wir dem Antrag eine Chance.*

Ivo **Koller** (BDP) zu Richard Sägesser (FDP): *Manchmal kann man aus der Geschichte etwas lernen. Es ist ein schlechtes Zeichen, wenn 50 % des Budgets für etwas eingesetzt werden sollen, was wir nicht wollen. Darum wäre es ein gutes Zeichen, unseren Antrag jetzt zu unterstützen. Selbstverständlich sollen Ustermer im Zentrum von Uster einkaufen. Natürlich geht es nicht nur um eine Fussgängerzone, es braucht verschiedene Massnahmen.*

Der Stadtpräsident, Werner **Egli**, nimmt Stellung: *Es wurde viel geredet und gestritten. Doch nun zum Antrag der Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion: Im Entwurf zum Leistungskontrakt sehen wir eine direkte Subvention des Konsums nicht vor, d. h. sie ist ausgeschlossen. Kommunikation ist etwas Wichtiges und muss jetzt lanciert werden. Der Bevölkerung ist aufzuzeigen, dass das Verweilen im Zentrum sich lohnt. Wir sind der Ansicht, dass diese Budgetkorrektur durch den Gemeinderat allzu operativ wäre. Der Gemeinderat steuert über den Leistungsauftrag. Leistungs- und Wirkungsziele hat der Gemeinderat definiert. Über die Wirkungsprüfung kann der Gemeinderat den Stadtrat bereits nach einem Jahr kontrollieren. Auch beim „frjz“ greift der Gemeinderat nicht direkt ein. Ich bitte Sie, diesen Eingriff nicht zu machen, bevor das Kind überhaupt laufen kann. Auch Gewerbe und Wirtschaftsforum zahlen daran einen Betrag von CHF 100'000. Darum wurde dieser Antrag in beiden Kommissionen des Gemeinderates auch abgelehnt. Mit dem Antrag des Stadtrates können Sie uns die entsprechenden Aufträge erteilen. Ihre kritischen Voten werden wir einbeziehen. Der Antrag des Stadtrates verdient heute Zustimmung durch den Gemeinderat.*

Für die KÖS nimmt deren Präsident, Matthias **Bickel** (FDP), Stellung: *Im Vorfeld haben wir gesehen, dass die RPK unseren Antrag modifiziert hat mit einer Ergänzung. Beide Anträge sind letztlich identisch. Mein Antrag wäre, den Antrag der KÖS zurückzuziehen.*

Markus **Wanner** (SP) hält diesen Antrag jetzt für nicht zulässig.

Detailabstimmungen

Die KÖS beantragt folgende Änderung von Ziffer 4 Dispositiv:

Die Abteilung Präsidiales wird beauftragt, im Sommer 2019 das Projekt Herzkern Uster zu überprüfen und dem Parlament einen Vorschlag für dessen Weiterführung zu unterbreiten. Der Jahresbericht des Vereins Herzkern ist jeweils der Kommission für öffentliche Dienste und Sicherheit des Gemeinderates (KÖS) zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Der Änderungsantrag der KÖS erhält keine Stimme und wird damit a b g e l e h n t .

Die RPK beantragt folgende Änderung von Ziffer 4 Dispositiv:

Die Abteilung Präsidiales wird beauftragt, im Sommer 2019 das Projekt Herzkern Uster zu überprüfen und dem Parlament einen Vorschlag für dessen Weiterführung zu unterbreiten. Der Jahresbericht inklusive Jahresrechnung des Vereins Herzkern ist jeweils der Kommission für öffentliche Dienste und Sicherheit des Gemeinderates (KÖS) und der Rechnungsprüfungskommission des Gemeinderates (RPK) zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Der Änderungsantrag der RPK wird mit 23:9 Stimmen angenommen.

Ivo Koller (BDP) beantragt folgende Ziffer 5 (neu) Dispositiv:

Kommunikation und Verkaufsförderung machen gemeinsam höchstens 33% des Gesamtaufwandes aus (anstatt der budgetierten 50%). Das Budget des Bereichs Events & Kultur ist um 17 % zu erhöhen.

Der Änderungsantrag von Ivo Koller (BDP) wird mit 8:20 Stimmen a b g e l e h n t .

Schlussabstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 27:2 Stimmen:

- 1. Die Stadt Uster beteiligt sich für die Jahre 2017 bis 2020 am Projekt Herzkern Uster und engagiert sich mit Personal- und Sachleistungen sowie einem finanziellen Beitrag.**
- 2. Für das Projekt Herzkern Uster wird für die Jahre 2017 bis 2020 ein einmaliger Kredit von Total 400 000 Franken (100 000 Franken pro Jahr) bewilligt. Der Beitrag ist an die Bedingung geknüpft, dass eine Beteiligung durch Private (Gewerbe, Detailhandel, Verbände) in mindestens gleicher Höhe erfolgt. Resultiert von privater Seite ein geringerer Beitrag, so reduziert sich automatisch auch der städtische Beitrag auf die gleiche Höhe.**
- 3. Die Abteilung Präsidiales wird mit der Umsetzung und Ausarbeitung eines Leistungskontraktes mit dem zu gründenden Verein Herzkern beauftragt.**
- 4. Die Abteilung Präsidiales wird beauftragt, im Sommer 2019 das Projekt Herzkern Uster zu überprüfen und dem Parlament einen Vorschlag für dessen Weiterführung zu unterbreiten. Der Jahresbericht inklusive Jahresrechnung des Vereins Herzkern ist jeweils der Kommission für öffentliche Dienste und Sicherheit des Gemeinderates (KÖS) und der Rechnungsprüfungskommission des Gemeinderates (RPK) zur Kenntnisnahme vorzulegen.**
- 5. Mitteilung an den Stadtrat.**

6 Motion 584/2016 von Patricio Frei (Grüne): "Fair Trade Town Uster"

Von Patricio Frei (Grüne) ist am 30. November 2016 folgende Motion eingereicht worden:

„Fair Trade Town Uster“

Um den Fairen Handel auf Gemeindeebene zu fördern, wird der Stadtrat beauftragt, innerhalb von zwei Jahren nach Annahme der Motion:

1. die Auszeichnung als «Fair Trade Town» anzustreben.
2. und die dafür nötigen Massnahmen so rasch wie möglich umzusetzen.

Begründung

Was wir kaufen und konsumieren, bestimmt die Lebensbedingungen von Menschen hier und anderswo. Für den Fairen Handel hat die Stadt Uster als Grosseinkäuferin eine Vorbildrolle einzunehmen, um auch private Anbieter, Institutionen und Vereine zu verantwortungsvollem Handeln zu motivieren.

Seit 2014 können sich Schweizer Gemeinden um den Titel «Fair Trade Town» bewerben. Unter einer Fair Trade Town versteht man jede Gemeinde, in der die Bewohnerinnen, Bewohner und ortsansässigen Organisationen durch ihre täglichen Kaufentscheidungen den Absatz von Produkten aus dem Fairen Handel erhöhen.

Um Fair Trade Town zu werden, muss die Stadt Uster fünf Kriterien erreichen:

1. Die Stadt bekennt sich mit offiziellem Beschluss, die Auszeichnung Fair Trade Town anzustreben.
2. Eine Arbeitsgruppe koordiniert das Fair Trade-Engagement.
3. Detailhandel und Gastronomie/Hotellerie bieten Fair Trade-Produkte an.
4. Institutionen und Unternehmen verwenden Fair Trade-Produkte.
5. Durch Öffentlichkeitsarbeit wird der Faire Handel der Bevölkerung nähergebracht.

Konkret kann dies beispielsweise Folgendes bewirken: In der Stadtverwaltung wird Kaffee und Tee aus Fairem Handel getrunken, am Mittagstisch in den Schulen gibt es Reis aus gerechtem Handel zu essen und als Geschenk bei Ehrungen kommen Fair Trade-Blumen zum Einsatz. Die Stadt könnte ihre Mitarbeitenden zum Thema nachhaltige, soziale Beschaffung weiterbilden, zusammen mit dem lokalen Gewerbe eine Infokampagne für die Bevölkerung durchführen oder einen Einkaufs- und Gastroführer mit Betrieben herausgeben und so aufzeigen, wo in Uster welche Produkte aus Fairem Handel erhältlich sind.

Dass die Stadt Uster bei der nachhaltigen Beschaffung Nachholbedarf hat, zeigt das Gemeinderating von *Solidar Suisse*. Da rangiert Uster im letzten Drittel der bewerteten Zürcher Gemeinden. Bemängelt wird etwa, dass unsere Stadt die Weiterbildung seiner Beschaffungsverantwortlichen eingestellt habe und dass soziale Mindeststandards nach wie vor nicht als Bedingungen verlangt werden. Demgegenüber verhält sich beispielsweise Bülach geradezu vorbildlich. Die Gemeinde verbindet Mindestanforderungen wie die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen mit produktspezifischen Überprüfungsmöglichkeiten und stellt dazu ihren Mitarbeitenden Informationen zur Verfügung.

Die Umsetzung der Motion verursacht keinen hohen Zeitaufwand oder Mehrkosten für die Verwaltung. Die Arbeitsgruppe definiert, was unternommen wird. In vielen Geschäften und Gastronomiebetrieben in Uster werden heute schon Fair Trade-Produkte angeboten. Der Arbeitsgruppe kommt mehr die Aufgabe zu, das bestehende Angebot aufzuzeigen und die unterschiedlichen Akteure zu vernetzen. Sie übernimmt die Koordination der Aktivitäten sowie die Akquisition neuer Partner, möglichst in Kooperation mit Vereinen und interessierten Institutionen.

Fair Trade Town ist kein Label, sondern eine Auszeichnung. Somit sind sowohl Aufwand wie Kosten weit unter denjenigen zum Beispiel für die Energiestadt. Der Nutzen hingegen ist trotzdem sehr hoch und wertvoll. Fair Trade Town führt zwingend zu einer engen Interaktion zwischen der öffentlichen Verwaltung, dem lokalen Gewerbe und der Bevölkerung. Insbesondere letztere wird bei Labels wie Energiestadt nicht so stark miteinbezogen.

Bislang gibt es 1800 Fair Trade Towns in 31 Ländern. In der Schweiz ist Glarus Nord die erste Fair Trade Town. Treibende Kraft ist Gemeindepräsident Martin Laupfer von der FDP. Für ihn ist «Fairer Handel eine ethische Notwendigkeit». Angesichts von Unterdrückung, Armut und Kriegen auf der Welt spricht er von einem Ausbruch aus der Ohnmacht – «nicht nur als Einzelperson, sondern als Gemeinde, die sich sagt: Lasst uns zusammenstehen, die Welt mitprägen, eine Kultur der Fairness pflegen».

Fair Trade Towns beweisen entwicklungspolitische Weitsicht: Sie stärken hier in der Schweiz das Bewusstsein für die Bedeutung des Fairen Handels, und leisten damit einen wichtigen Beitrag für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Menschen in Entwicklungsländern und damit zur Bekämpfung der weltweiten Armut.

Patricio **Frei** (Grüne) begründet die Motion: *Ich lege meine Interessenbindung offen. Ich arbeite bei der Max-Havelaar-Stiftung. Die Ansetzung der Traktanden ist gelungen. Ob es Absicht war, weiss ich nicht, aber die Ansetzung der Traktanden finde ich absolut gelungen und clever. Meine Gratulation an Hans Keel.*

Denn: Zwischen dem Projekt Herzkern und der Auszeichnung „Fair Trade Town“ gibt es einige Parallelen, aber auch einen grossen Unterschied:

1. *Parallele: Wie Herzkern soll auch mit Fair Trade Town lokales Gewerbe profitieren. Beim Antrag des Stadtrats sind es hauptsächlich zentrumsnahe Geschäfte, bei meinem Antrag sind es Geschäfte, die Produkte aus dem fairen Handel anbieten.*
2. *Parallele: Auch Fair Trade Town ist – wie Herzkern – eine Public-Private-Partnership: Zusammen mit Privatbetrieben und der Bevölkerung soll sich die Stadt Uster für den fairen Handel einsetzen.*

Es geht darum, gemeinsam einen Impuls zu geben. Wie dies funktioniert, zeigt Glarus Nord, die erste Fair Trade Town-Gemeinde. Diese erreichte, dass u. a. die Eternit AG ihren 440 Angestellten neu Pausensnacks aus fairem Handel anbietet. Andreas Neumann, der für die Gemeinde in Glarus Nord die Arbeitsgruppe leitet, hat mir gegenüber erklärt: «Wir würden das Label sofort wieder anstreben. Das Label ist ein wichtiges Zeichen nach aussen, aber auch gegen innen. Die hiesigen Leistungsträger wie Gewerbe, Vereine und Institutionen standen und stehen hinter dem Projekt, sodass wir die Auszeichnung mit vertretbarem Aufwand anstreben und erlangen konnten.» Und die Bundeshauptstadt Bern, die genau heute zur Fair Trade Town ernannt wurde, hat Unternehmen wie die BKW, Losinger Marazzi, die Swisscom, aber auch die Wirtschaftsförderung für diese Aktion gewonnen.

Neben diesen beiden Parallelen gibt es aber auch einen grossen Unterschied: Die Motion kostet die Steuerzahlerin und den Steuerzahler nicht jedes Jahr 100'000 Franken wie das Projekt Herzkern. Dabei wird der Aufwand für die Stadt überschaubar bleiben: Die fünf Kriterien für Fair Trade Town stellen keine unüberwindbaren Hürden dar:

- 1. Die Stadt bekennt sich zum fairen Handel.*
- 2. Eine Arbeitsgruppe kümmert sich um die Umsetzung der Ziele.*
- 3. Fair gehandelte Produkte sind in lokalen Geschäften leicht erhältlich.*
- 4. Weitere Institutionen und Unternehmen sollen dazu bewegt werden, faire Produkte zu verwenden.*
- 5. Der Bevölkerung soll der faire Handel nähergebracht werden.*

So müssten in Uster mindestens vier Läden Produkte aus dem fairen Handel anbieten. Zählt man zum Claro- und dem Bioladen die insgesamt sechs Filialen von Coop, Migros und Aldi hinzu, kommt man bereits auf das Doppelte. Glarus Nord brauchte drei Monate, um den Kriterienkatalog abzuhaken. Heute, da sich auch die Verwaltung bei der Beschaffung an nachhaltigen Einkaufsrichtlinien orientiert, kommt die vierköpfige Arbeitsgruppe drei Mal im Jahr zusammen. Bern brauchte 12 Monate, um die Kriterien zu erfüllen. Über 100 Unternehmen, Schulen, Kitas, Spitäler, Hotel- und Gastronomiebetriebe sowie Institutionen konnten überzeugt werden, Produkte aus fairem Handel in ihr Sortiment aufzunehmen. Katharina Stampfli vom Stadtberner Wirtschaftsamt sagt: «Das Thema ist aktuell und die Bereitschaft recht gross, sich zu engagieren.»

Dieser Vorstoss ist auch eine Chance für die Stadt Uster. Denn bei der nachhaltigen Beschaffung haben wir grossen Nachholbedarf. Andere sind uns da einige Nasenlängen voraus. Die Stadt Bülach etwa, publiziert auf ihrer Webseite ihr Leitbild, welche die ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Anforderungen an Produkte und Dienstleistungen gleichsetzt. Von ihren Lieferanten und Anbietern verlangt Bülach, dass sie in einer Selbstdекlaration erklären, dass sie die geltenden Arbeitsschutzbestimmungen respektieren, die üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen und den Grundsatz der Gleichbehandlung von Frau und Mann einhalten. Wenn man aber auf der Webseite von uster.ch zu diesem Thema sucht, findet man nichts – ausser politischen Vorstössen.

Letztlich geht es bei diesem Antrag um Fairness: Wollen wir in Uster künftig mehr Produkte konsumieren, bei den die Arbeiterinnen und Arbeiter respektvoll behandelt werden, oder nehmen wir in Kauf, dass bei deren Herstellung Menschen ausgebeutet werden? Es kann doch uns nicht egal sein, wenn der Kaffee oder der Orangensaft, den wir trinken, von einer Bauernfamilie stammt, die trotz ihrer Arbeit in Armut leben und Hunger leiden muss. Fairness ist doch für uns alle eine Selbstverständlichkeit. In der Schweiz achtet doch jedes KMU darauf, dass seine Angestellten eine angemessene Mittagspause, Ferien etc. erhalten. Weshalb soll Fairness bei Produkten, die von weiter her kommen, nicht auch gelten?

Der Gemeindepräsident von Glarus Nord, Martin Laupper (FDP), begründet sein Engagement mit einer ethischen Notwendigkeit: «Wir sind heute informiert über die weltpolitische Entwicklung. Die Frage stellt sich doch uns allen: Wie wollen wir Gegensteuer geben?»

Die Abteilungsvorsteherin Gesundheit, Stadträtin Esther **Rickenbacher**, nimmt Stellung: *Der Stadtrat lehnt die Motion ab, ist aber zur Entgegennahme als Postulat bereit. Das Anliegen ist wichtig und berechtigt. Es geht um soziale Arbeitsbedingungen und nachhaltige Anbaubestimmungen. Mit der Umwandlung in ein Postulat kann der Stadtrat eine Auslegeordnung vornehmen. Wir haben gehört, dass Bern und Glarus sich bereits für dieses Gütesiegel entschieden haben. Wir müssen zuerst den Aufwand für das Erlangen dieses Gütezeichen abklären können. Wir verschliessen uns dieser Prüfung nicht, wir möchten aber auch andere Alternativen prüfen können, die u. U. für die Ebene der Gemeinde effizienter sein könnten.*

Für die FDP-Fraktion referiert Richard **Sägesser**: *Gegen fairen Handel können wir nichts haben. Aber ist das Aufgabe der Stadt? Dafür braucht es weder eine Motion noch ein Postulat. Hier sind Aufgaben enthalten, die nicht von der Stadt zu erledigen sind. Das private Entscheidungsverhalten kann nicht von der Stadt gesteuert werden. Die gewünschten Produkte können bereits bei Grossverteilern erworben werden. Es entsteht der Verdacht, dass interessierte Anbieter hier ihre eigenen Interessen verfolgen. Müssten nicht auch andere Anbieter ausgezeichnet werden, z. B. aus der Region oder aus biologischer Produktion? Ich masse mir nicht an, diese Fragen für die Bevölkerung pauschal zu beantworten. Wir sehen hier keinen Gegenwert für die Bevölkerung. Wir erhalten dafür nur ein gutes Gewissen. Wir sind auch gegen die Überweisung der Motion als Postulat.*

Für die SP-Fraktion referiert Monika **Fitze**: *Der Motionär bringt mit seinem Vorstoss ein wichtiges Thema auf unseren reich gedeckten Tisch. In meinem kurzen Referat verknüpfe ich die vorliegende Motion mit einem Vorstoss der SP aus dem Jahre 2008. Daraus soll ersichtlich werden, weshalb wir das Vorhaben des Motionärs unterstützen und der vom Stadtrat vorgeschlagenen Umwandlung in ein Postulat skeptisch gegenüber stehen. Die SP Uster hat bereits 2008 durch Maja Burger das Postulat 571/2008 zum fairen Welthandel im Gemeinderat eingereicht. Sie fokussierte mit ihrem Postulat auf dringend nötige Anpassungen im Beschaffungswesen und in den Submissionsrichtlinien der Stadt Uster und berief sich auf die Richtlinien der IAO, der Internationalen Arbeitsorganisation [ILO]. Die Grundidee dahinter: die Kriterien in den Beschaffungsrichtlinien so anzupassen, dass nicht zwingend das günstigste Angebot den Zuschlag erhält, sondern dass Nachhaltigkeit und der Nachweis, dass unter fairen Arbeitsbedingungen hergestellt wird, gleichwertig berücksichtigt werden. Der Stadtrat folgte damals in seiner Antwort dem Anliegen und bekräftigte, dass auch ihm die sozialen und ökologischen Gesichtspunkte wichtig seien. Allerdings, so bedauerte er, liessen sich diese Anliegen bloss beschränkt verfolgen, da man sich an das kantonale Submissionsrecht zu halten habe. Die grössten Hürden sah er allerdings in der Überprüfbarkeit der geforderten Anliegen, gerade bei Bezügen aus weit entfernten Ländern. Dies würde den Rahmen seiner Möglichkeiten sprengen. In seiner Antwort verweist der Stadtrat denn auch darauf, sich auf „Labels“ zu beziehen, welche durch das Einhalten von Standards eine gewisse Garantie gäben. Trotzdem, so der Stadtrat in seiner Antwort, solle eine Arbeitsgruppe gebildet werden, mit dem Ziel, konkrete und messbare Kriterien auszuarbeiten. Was wohl diese Arbeitsgruppe herausgefunden hat? Bei der Durchsicht der aktuellen Submissionsrichtlinien konnte ich keine Kriterien finden, welche explizit auf das Postulat Bezug nehmen; eine Anfrage über den Stand der Dinge wäre wohl von unserer Seite angezeigt. Es ist offensichtlich, dass der Stadtrat über den Weg der Anpassungen der Submissions- und Beschaffungskriterien bis jetzt nicht weitergekommen ist. „Fair Trade Town“ stützt sich nun explizit auf die Gütesiegel von „Swiss Fair Trade“. Der Stadtrat erhält damit die Möglichkeit, im fairen Handel, gestützt auf geschützte „Labels“ mitzuwirken. Gemeint ist mit fairem Handel: langfristige und faire Arbeitsbedingungen, stabile Preise, soziale Arbeitsbedingungen und nachhaltige Anbaumethoden. Unserer Ansicht nach sollte der Stadtrat den Ball jetzt aufnehmen und ernsthaft überprüfen, wie die Stadt Uster nun Farbe bekennen kann. Die Auszeichnung finden wir nebensächlich. Wir sind skeptisch, ob der Stadtrat mit der Umwandlung in ein Postulat das Anliegen wirklich weiterverfolgt und befürchten, dass das Thema schon bald wieder einschläft.*

Für die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion referiert Mary **Rauber** (EVP): *Interessanterweise fand genau heute in Bern die Auszeichnungsfeier „Fair Trade Town Bern“ statt. Das Wirtschaftsamt der Stadt Bern hat zur Preisverleihung eingeladen und es wäre sicher interessant gewesen, vor Ort nähere Informationen zur Auszeichnung gewinnen zu können.*

Wir leben auf Kosten künftiger Generationen und anderer Erdteile. Mehr als dreimal die Erde wäre erforderlich, wenn alle wie die Schweizer Bevölkerung leben würden. Diese Information stammt vom Bundesamt für Statistik und ist nicht einfach frei erfunden.

Wir haben ein Problem...oder besser....unsere Kinder und Enkel werden ein Problem haben.

Trägt dieser Antrag, wie er uns vorliegt wirklich zur Lösung des Problems bei? Ist es nicht ein Papiertiger? Darüber hatten wir in unserer Fraktion eine kontroverse Diskussion.

Einerseits wird der finanzielle Aufwand für die Auszeichnung nicht allzu hoch sein. Es handelt sich ja nicht um ein Label. Der Jahresbeitrag von CHF 1'900.- ist verkraftbar. Es wird aber eine Arbeitsgruppe brauchen. Müssten dazu nicht auch gleich finanzielle Mittel gesprochen werden? Um wirklich etwas zu erreichen müssten ja Schule und Heime mitmachen. Und dies geht nur mit mehr Geld. Mit der Annahme der Motion würden wir aber sicher ein Zeichen setzen. Zudem hat sich die Schweiz mit der Agenda 2030 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung gesetzt. Es sollen Anreize geschaffen werden, damit nichtstaatliche Akteure vermehrt einen aktiven Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung leisten.

Wir schlagen folgendes vor: thematisieren wir den fairen Handel jährlich bei Aktionen im Herzen von Uster und tragen damit gemeinsam unseren kleinen Teil für verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster bei.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert Silvio **Foiera** (EDU): *Fairer Handel, das klingt gut. Wer möchte für seine Arbeit nicht fair entlohnt werden und unter fairen Bedingungen arbeiten dürfen? Gerade unsere Handwerker und Gewerbetreibenden wissen dies zu schätzen.*

Wenn man sieht, was die Gemeinde dafür leisten muss, ist das noch nicht mal viel. Als Referenz dienen die Fair-Trade-Towns Glarus-Nord und Bern, welches just heute im Rahmen einer Feier in der Berner Fachhochschule ausgezeichnet wurde:

Beide geben an, Fair-Trade Kaffee zu verwenden, Glarus zusätzlich Rohrzucker-Sticks und eine Fair-Trade-Tee-Auswahl, in Bern ist die Auswahl an Tees etwas eingeschränkter, dies ist wohl Sparbemühungen der Bundesstadt geschuldet.

Fazit: Wenn's nur das ist, das müsste auch für Uster machbar sein.

Darüber hinaus wird's etwas komplizierter, da bekanntlich Beschaffungen der Stadt im Submissionsverfahren ausgeschrieben werden müssen; allenfalls gar nach WTO.

Dies führt zuweilen zu Effekten, wie dem, dass eine kleine Färberei im Tösstal schliessen musste, da das Militär, unter anderem aufgrund von durch das Parlament auferlegten Sparbemühungen, nun billig in der Volksrepublik China bestellt.

Kiestransporte von Lastwagen mit WT-Nummernschildern zeigen dass auch da letztlich der Preis entscheidet. Selbst die Migros Uster wird von einer Schweizer Firma, mit serbischem Subunternehmer mit ostdeutschen Arbeitskräften umgebaut.

Aber auch privat sieht es doch nicht besser aus: So musste das einstige Vorzeige-Kleider-Unternehmen Switcher im Mai letzten Jahres Konkurs anmelden, weil die Kundschaft letzten Endes eben doch billig gegenüber fair den Vorzug gibt. Auch „Jute statt Plastik“ hat seine Blütezeit bereits hinter sich gelassen

So bleibt der Eindruck, dass es sich bei Fair-Trade-Town primär um ein Wohlfühl-Placebo für Fans handelt, welches der Verwaltung unnötigen Administrativaufwand beschert und das lokale Gewerbe unnötig bevormundet.

Im Fall einer Verabschiedung dieser Motion muss ich konsequenterweise einen Zusatzantrag stellen, dass in künftigen, in durch diesen Rat verabschiedeten, in Richtplänen geforderte Photovoltaik-Installationen nachweislich aus fairer Produktion stammen müssen. Insbesondere hinsichtlich fairer Gewinnung des verwendeten Siliziums, Cadmiums, Galliums und Indiums.

Da man jedoch Veränderung bei sich beginnen soll, schliesse ich dieses Referat mit dem Refrain von Michael Jacksons „Man in The Mirror“ (wobei „Man“ hier bitte als generisches Maskulinum gesehen wird):

*I'm starting with the Man In The Mirror
I'm asking him to change his ways
And no message could have
Been any clearer
If you wanna make the world
A better place
Take a look at yourself, and
Then make a change*

So darf ich doch im guten Glauben annehmen, das die heutigen Unterstützer dieser Motion an der nächsten Ratssitzung – statt mit einem iPhone (Stichwort: Foxconn Suizide) - einheitlich und vorbildlich mit einem „Fairphone 2“ ausgerüstet erscheinen werden?

Die SVP/EDU-Fraktion lehnt die Vorlage daher als unnötiges „Label-Catching“ und Alibi-Übung ohne substantielle Nachhaltigkeit ab.

Stattdessen empfehlen wir durchaus auch mal bei Uster-Plus-Produkten beherzt zuzugreifen und bei Auftragsvergabe lokale Anbieter und Dienstleister zu berücksichtigen.

Hans **Denzler** (SVP): Es geht um das Wettfeiern um Auszeichnungen für Städte. Bringt es das tatsächlich? Das Bevormunden, was wir tun dürfen und was nicht, darf nicht sein. Bananen können wir nicht unterstützen, aber wir können Schweizer Produkte kaufen.

Der Motionär ist mit der Umwandlung in ein Postulat nicht einverstanden.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 15:14 Stimmen:

- 1. Die Motion 584/2016 wird überwiesen.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

7 Kennntnisnahmen

Gegen die Gemeinderatsbeschlüsse vom 5. Dezember 2016 sind beim Bezirksrat Uster bis 24. Januar 2017 keine Rechtsmittel eingelegt worden.

Folgende Anfrage ist eingereicht worden:

594/2017

Anfrage von Silvio Foiera (EDU) vom 13. Februar 2017:
Schutzraumzuweisung

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 20. März 2017 statt, ab 18 Uhr Info für Ratsmitglieder.

Für das Protokoll

Der Parlamentssekretär
Daniel Reuter

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugen

28.2.2017

Der Präsident
Hans Keel

1.3.2017

Die Stimmzählerinnen und der Stimmzähler
Ursula Räuftlin

Meret Schneider i. V.

Theo Zwald